

Informationen zum Datenschutz gemäß Artikel 13, 14 und 21 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Zentrale Dienste/Wahlen

-Versand Abstimmungsbenachrichtigungen für Einwohnerbefragungen-

Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeinde Kirner Land Zentrale Dienste/Wahlen Bahnhofstraße 31 55606 Kirn

Telefon: 06752 135-0

E-Mail: verwaltung@kirner-land.de

Datenschutzbeauftragter (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Verbandsgemeinde Kirner Land Datenschutzbeauftragte Bahnhofstraße 31 55606 Kirn

Telefon: 06752 135-312

E-Mail: datenschutz@kirner-land.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c. DS-GVO)

Zweck:

• Versand von Abstimmungsbenachrichtigungen und Abstimmungsunterlagen für die Durchführung von Einwohnerbefragungen

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e i. V. m. Abs. 3 DS-GVO,
- § 34 Bundesmeldesetz (BMG), §§ 3 u. 5 Landesdatenschutzgesetz Rheinlang-Pfalz (LDSG (RLP)),
- Beschluss des Gemeinderates zur Durchführung einer Einwohnerbefragung mit Bestimmung des abstimmungesberechtigten Empfängerkreises

Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. a lit. e DS-GVO)

Die Versendung der Abstimmungsunterlagen an die abstimmungsberechtigten Einwohner/innen erfolgt durch die mit der Durchführung von Wahlen betrauten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und das Bürgerbüro.

Es erfolgt **keine Weitergabe eines Abstimmungsverzeichnis** zur Kontrolle der Abstimmungsberechtigung. Die Teilnahme an einer Einwohnerbefragung ist freiwillig es besteht keine Pflicht zur Teilnahme.

Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Entfällt

Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

4 Wochen nach Ablauf des Abstimmungstages

Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c – d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)



- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient

Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, (Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon: 06131 8920-0, Telefax: 06131 8920-299, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand: 23.02.2022